



Gemeinsamer Antrag

CDU

FDP

SPD

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

FW

09. September 2019

Antrag: Klimaschutz

Sehr geehrter Herr Anders,

die Fraktionen von CDU, FDP, SPD, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und der Freien Wähler bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung zu setzen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, der Magistrat soll weiterhin und in Zukunft verstärkt ökologische sowie Klimaschutz-Aspekte bei seinen Entscheidungen und Entscheidungsvorlagen berücksichtigen.

Die Ergebnisse dieser Berücksichtigung sollen in den Magistratsvorlagen nach der Rubrik „Finanzielle Auswirkungen“ unter dem Stichwort „ökologische und klimatische Auswirkungen“ kurz vorgestellt werden.

Begründung:

Der Klimawandel ist ein globales Problem der Menschheit zum Anfang dieses Jahrhunderts. Deren Auswirkungen werden unumkehrbar und nachhaltig die Grundlagen menschlichen Lebens verändern. Die Wissenschaft ist sich darin einig, dass sich unser Klima in bisher nicht gekannter Geschwindigkeit und weltweit gleichzeitig verändert.

Die Folgen des Klimawandels betreffen auch Bad Vilbel. Die Starkregenereignisse der vergangenen Jahre haben uns bereits vor Augen geführt, was dieser Stadt bei zunehmender Klimaerhitzung in verstärktem Ausmaß drohen kann. Der Hitzesommer 2018 und die ausgedehnten Trockenperioden der vergangenen Zeit haben schwere Schäden im Stadtwald als auch an den Stadtbäumen hervorgerufen. Bisher heimische Bäume sind vermehrt abgängig und müssen mit klimaresistenten ersetzt werden. Und auch das Leben in der Nidda war in diesem Sommer aufgrund der großen Erhitzung in einem äußerst kritischen Zustand und ist nur knapp dem Umkippen entgangen.

Deshalb müssen Lösungen auf internationaler, nationaler und lokaler Ebenen erreicht werden. Insbesondere die größten Kohlenstoffdioxidemittenten, USA, China, Indien und Russland mit über 50%, stellen hier das größte Problem dar. Auch Deutschland mit zwei Prozent des weltweiten CO₂-Emissionen muss seinen Beitrag dazu leisten.

Bad Vilbel hat, und das ist vielen nicht bewusst oder bekannt, schon in den vergangenen Jahrzehnten auf diesem Gebiet vorbildliches geleistet. Beispielhaft zu nennen sind die Aufforstung des Bad Vilbeler Stadtwaldes, die Umwandlung des Armeeübungsplatzes im Stadtwald zu einem Biotop, die Nidda-Renaturierung, der Ausbau des ÖPNV (u.a. Vilbus), der Ausbau der Radfahrinfrastruktur auch mit überdachten Stellplätzen an Bahnhöfen, Investition in regenerative Energie (mittlerweile haben wir eine annähernde 100%-rechnerische Abdeckung und zukünftig sogar 150%-Abdeckung) und ein Blockkraftwerk für Kurhaus & Mediathek, Umstellung der Straßen- und Wegbeleuchtung auf LED, Gebäudesanierungen, Dach- und Fassadenbegrünungen, Anschaffung von E-Bikes und Hybrid-Fahrzeugen, ausreichend Frischluft- und Grünschnitten in neuen Stadtgebieten. Auch seit 1992 selbstverständliche Kleinigkeiten wie ein Spülmobil mit Geschirr für lokale Feste zeigen, es wird und wurde mitgedacht.

Die Stadt kann und darf sich allerdings nicht auf diesen Erfolgen ausruhen, sondern muss ökologische sowie Klimaschutz-Aspekte bei ihren Entscheidungen und Entscheidungsvorlagen verstärkt berücksichtigen. Eine durchgehende Prüfung sensibilisiert für den Ausstoß klimawirksamer Treibhausgase bei der Umsetzung der beabsichtigten Beschlüsse. Wo es möglich und sinnvoll ist, kann eine Abwägung von Alternativen helfen, klimaschädliche Gase verstärkt zu vermeiden. Dies soll aber wie bisher mit Maß und Ziel vorgenommen werden, weil manchmal Alternativen schwierig sind.

Der Umgang mit der Natur ist schon seit mehreren Jahrzehnten ein gewichtiges Thema in Bad Vilbel, welches wir als verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger und gewählte Vertreterinnen und Vertreter von Bad Vilbel sehr ernst nehmen. Allerdings ist es auch entscheidend, dass eine Stadtverwaltung handlungsfähig bleibt und auch soziale und wirtschaftliche Aspekte angemessen Berücksichtigung finden. Von daher sollen Ziele zum effektiven Klimaschutz gesteckt, regelmäßig überprüft und mit Nachdruck umgesetzt werden. Zu einer Überregulierung darf es aber nicht kommen. Das Ausrufen z.B. eines Klimanotstandes für Bad Vilbel würde eher die Verwaltung lähmen und zu einer erhöhten Anfragebearbeitung und einem sehr hohen Kontrollaufwand führen. Auch würden durch zusätzlich erforderliche Stellungnahmen, Beratungen und Gutachten deutliche Kosten und vor allem ein erhöhter Zeitbedarf bei jeder Entscheidungsvorbereitung auf die Stadt zukommen. Beides würde die Umsetzung von auch zum Klima und Umweltschutz beitragenden Maßnahmen verzögern und wäre damit eher kontraproduktiv.

Größere bzw. nennenswerte Erfolge für den Klimaschutz wurden und werden eher mit konkreten Maßnahmen erzielt. Die folgenden Maßnahmen sind beispielgebend für weitere und umfangreichere Klimaschutz-Maßnahmen: Unterstützung bei der Pflanzung von Obstbäumen (Hessentagsprogramm mit 3.400 Hessentagsbäumen), die Aufforstung von Brachflächen im Stadtwald bzw. den zeitnahen Ersatz geschädigter Bäume durch klimaangepasste Arten, die Niddarenaturierung, die von der Stadt, Stiftungen und örtlichen Unternehmen schon über viele Jahre und auch aktuell unterstützt werden. Für die Zukunft sollen das Anlegen von Blühwiesen und Baumpatenschaften von Bürgerinnen und Bürgern in Betracht gezogen werden. Die Klimaauswirkungen im Verkehrssektor müssen durch den weiteren und intelligenten Ausbau des ÖPNVs gesenkt werden. Hierzu zählen für Bad Vilbel die Straßenbahnverlängerung aus Frankfurt, die Fertigstellung des 3. und 4. Bahngleises für die S-Bahn sowie der Ausbau des „Stockheimer Lieschen“ und nicht zuletzt der Radfahrinfrastruktur (4,2 Mio. allein in 2019/2020). Im Energiesektor soll die Gewinnung regenerativer Energie im Stadtgebiet sowie in überregionalen Beteiligungen vorangetrieben werden. Gleichzeitig müssen energetische Gebäudesanierung den Energieverbrauch senken. Das alles sind effektive Maßnahmen, die wirksam

den Ausstoß klimaschädlicher Gase senken und örtlich umgesetzt oder direkt unterstützt werden können.

Mit freundlichen Grüßen, im Namen der Fraktionen